

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Wolfgang Roth MdB zum
Wahlausgang in der
Alpenrepublik: Öster-
reichisches Ergebnis
strahlt günstig auf
Deutschland aus.

Seite 1

Klaus Leibarzt MdB
zur CDU-Wahlwerbung
zum Thema Umwelt:
Schöne Worte, aber
nichts dahinter.

Seite 2

Michael Müller MdB zur
Aufbauhilfe in der Ex-
DDR: Genossen-
schaftswesen in den
neuen Bundesländern.

Seite 3

Barbara Schmidbauer
MdEP zur Notwendig-
keit eines familien-
freundlichen Steuersy-
stems: Das Ehegatten-
splitting abschaffen.

Seite 3

Dokumentation

Die Vereinigung der
Internationalen Ärzte
für die Verhütung des
Atomkrieges (IPPNW)
hat an alle Atomwaf-
fenstaaten appelliert,
Atomwaffentests sofort
einzustellen. Wortlaut

Seite 4

45. Jahrgang / 192

8. Oktober 1990

Österreichisches Ergebnis strahlt günstig auf Deutsch- land aus

Zum Wahlausgang in der Alpenrepublik

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe
des Bundestages

Es ist erfreulich, daß die Wähler in Österreich dem Bundeskanzler Franz Vranitzky und der SPÖ, entgegen aller Voraussagen, das Mandat zur Regierungsbildung als stärkste Partei erneuert haben. Dies ist um so erfreulicher, da die Grenzen in Europa an Bedeutung verloren haben.

Besonders erfreut bin ich darüber, daß alle Versuche, Sozialdemokraten mit früheren Machthabern in den Ostblockländern in einen Topf zu werfen, nur weil die Namen der Parteien entfernt ähnlich klingen, gescheitert sind.

Traurig ist, daß Volkstribune vom Format eines Jörg Haider einen so bedeutenden Erfolg verzeichnen.

Ich befürchte, daß dies nicht ohne Rückwirkung auf die Wahlkämpfe in Deutschland bleibt.

Ich bin aber aufgrund des Ergebnisses in Österreich zuversichtlich, daß die Wähler populistische Propaganda durchschauen werden und ihr durch ihre Stimme eine Abfuhr erteilen werden.

(-/8.10.1990/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Familienunternehmen
mit umweltfreundlicher
Recycling-Papier



Schöne Worte, aber nichts dahinter
Zur CDU-Wahlwerbung zum Thema Umwelt

Von Klaus Lennartz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

"Was sagt die CDU zum Thema Umwelt" heißt ein Blättchen, mit dem die CDU den Wählerinnen und Wählern weiß machen will, daß sie auch als Umweltpartei nicht zu schlagen sei. Im Frage- und Antwortspiel werden dem kritischen Anhänger die Stichworte für den Wahlkampf aufbereitet. Aber gerade dabei wird auch der Unterschied zur SPD klar.

Die CDU eilt als Umweltreparaturkolonne von Schadstoff zu Schadstoff und erreicht auch - oft nach langem Kampf mit sich selbst, das heißt mit Ihrem Wirtschaftsflügel - Teilerfolge. Derweil verschlechtert sich der Zustand der Umwelt insgesamt, weil keine Qualitätsziele angestrebt werden. Was nutzt zum Beispiel ein niedriger Dioxingrenzwert, wenn gleichzeitig die Zahl der dioxinerzeugenden Anlagen so erhöht wird, daß sich an der Menge des insgesamt anfallenden Dioxins nichts verändert.

Auf die selbstgestellte Frage der CDU müssen wir antworten: Ja! Wir brauchen viele drastische Maßnahmen im Umweltschutz. Oder besser: Wir brauchen besser durchdachte und an Zielen ausgerichtete Maßnahmen zum Umweltschutz, die nicht nur einzelne Defizite aufgreifen, sondern die Verbesserung der Qualität der Umwelt als Ganzes im Auge haben.

"Ökologische Marktwirtschaft", "verantwortungsbewußtes Wachstum", "umweltsparende Technik": das sind alles schöne Worte. Das hat die CDU in den letzten acht Jahren hervorragend gelernt: Bei der Umweltrhetorik läßt sich die CDU heute von niemanden mehr übertreffen. Nur wenn es dann ernst wird und jemand die CDU beim Wort nehmen will, dann muß bestimmt noch das Ergebnis einer Studie oder die Abstimmung mit einem Interessenverband abgewartet werden.

Das Wort vom Umweltschutz als "Jobknüller" statt "Jobkiller" ist eindeutig geklaut. Das SPD-Programm "Arbeit und Umwelt" wurde dagegen von der CDU madig gemacht.

Es ist wahr: Helmut Kohl war der erste deutsche Bundeskanzler, der Umweltprobleme beim Weltwirtschaftsgipfel angesprochen hat, aber es ist auch wahr, daß Helmut Kohl mehr als einmal seinen eigenen Umweltminister gestoppt hat, obwohl der auch nicht gerade der Mutigsten einer ist. Durch die Nichtvorlage eines neuen Naturschutzgesetzes hat Helmut Kohl sein eigenes Versprechen aus der Regierungserklärung von 1987 gebrochen.

Die CDU beweist mit ihrer Wahlwerbung: Wir brauchen keine Umweltpolitik der Paukenschläge - laut aber hohl - sondern eine kluge Umweltpolitik, die an den strategisch richtigen Punkten ansetzt und die Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Die großsprecherische Politik der CDU wiegt die Menschen in Sicherheit, sie suggeriert, daß die Regierung "es schon richten wird". Aber die Herausforderungen der Zukunft nur zu schaffen, wenn massenhaft die Leute Abschied von Gewohnheiten nehmen, die in der Summe die umweltschädigenden Entwicklungstrends erzeugen, die erst gestoppt und dann umgekehrt werden müssen.

Es fehlen zukunftsweisende Ansätze für eine neue umweltschonendere Verkehrspolitik. Anstelle eines Umsteuerns in der Energiepolitik heißt es nur: Weiter so mit der Kernenergie. Und zu ökonomischen Anreizen findet man zwar wieder wohlfeile Grundsatzserklärungen, aber ein konkreter Vorschlag fehlt.

Fazit: Wir brauchen eine neue SPD-geführte Regierung, um endlich unserer auch von der CDU beschworenen "Verantwortung für die Schöpfung" gerecht zu werden.

(-/8.10.1990/rs/ks)

Genossenschaftswesen in den neuen Bundesländern Zur Aufbauhilfe in der Ex-DDR

Von Michael Müller MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen beim SPD-Partelvorstand

Für den wirtschaftlich leistungsfähigen Genossenschaftssektor in Deutschland ergibt sich seit dem 3. Oktober eine Erweiterung, die für eine Neubelebung dieser Solidaridee genutzt werden sollte.

Neben den bekannten Einzelbereichen wie Raiffeisen- und Volksbanken, Wohnungsbau und Konsumorganisationen gibt es nunmehr auch einen produktiv-genossenschaftlichen Sektor, der rund 3.000 Betriebe umfaßt. Produktivgenossenschaften waren in der Bundesrepublik, im Unterschied zum Ausland, stets ein Stiefkind des deutschen Genossenschaftswesens. In den neuen Bundesländern sind sie dagegen das Standbein des Mittelstandes mit einer hohen arbeitsmarktpolitischen Bedeutung.

Der in Bonn angesiedelte, überparteilich arbeitende "Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens", der 1986 durch die Initiative von führenden Sozialdemokraten wie Hans-Jochen Vogel und Ulrich Klose, bekannten Gewerkschaftern wie Lorenz Schwegel und Monika Wulf Mathies, wichtigen Repräsentanten des Genossenschaftssektors wie Alfred Bußmann und Oswald Paulig sowie Vertretern aus der "neuen Genossenschaftsbewegung" gegründet worden ist, hat direkt nach dem Fall der Mauer bereits Ende 1989 seine Arbeit auch auf die damalige DDR ausgeweitet. Durch eigene Bürogründungen konnte der Grundstein dafür gelegt werden, daß vor allem in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Berlin-Brandenburg Interessenvertretungen der Produktivgenossenschaften Handwerk (PGH) entstehen konnten. Der Verein konnte damit wichtige Aufbauhilfe leisten, damit Betriebe, die wirtschaftlich gesund sind, nicht in Konkurs gehen und der wichtige Mittelstand gestärkt wird. Gegenwärtig ist nahezu jeder 7. Arbeitsplatz in den rund 9.000 Betrieben des genossenschaftlichen Sektors in den fünf neuen Bundesländern angesiedelt (Konsum-, Wohnungs-, Kredit- und Landwirtschaftsbereich).

Als nächster Schritt wird in Berlin ein Prüfungsverband für die PGH's in der DDR aufgebaut. Damit kann die Spartenvielfalt, die in einer Marktwirtschaft selbstverständlich sein sollte, erweitert werden. Dies ist ein positives Signal mit weitreichender Bedeutung.

(-/8.10.1990/rs/ks)

Das Ehesplitting abschaffen Zur Notwendigkeit eines familienfreundlichen Steuersystems

Von Barbara Schmidbauer MdEP

Der jetzige Familienlastenausgleich diskriminiert kinderreiche Familien und Einelternfamilien gegenüber Spitzenverdienern. Deshalb plädiere ich für die Abschaffung des Ehegattensplittings, für einen Umbau des Familienlastenausgleichs nach kinderbezogenen statt ehebezogenen Kriterien sowie für die Abschaffung der frauenfeindlichen Strukturen bei der Einkommensermittlung ein. Das Europäische Parlament hat bereits 1988 die EG-Kommission aufgefordert, Richtlinien zu erarbeiten, die eine Gleichbehandlung von Frau und Mann im Bereich der Einkommenssteuer gewährleisten.

Das Ehegattensplitting behindert die Berufstätigkeit der Frauen. Es führt zu einer weiteren Verschärfung der schon jetzt erschreckenden Altersarmut, während auf der anderen Seite die gutsituierte, kinderlose Alleinverdiener-Ehe begünstigt wird. Eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von jährlich 40.000 Mark wird um 1.800 DM entlastet, während der maximale Splittingvorteil der Spitzenverdiener bei fast 23.000 Mark liegt. Somit wird dein Ehepaar mit Spitzeneinkommen gegenüber einem Ehepaar mit Durchschnittseinkommen

13mal stärker vom Staat finanziell unterstützt. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit das Ehegattensplitting nicht nur zu begrenzen, sondern abzuschaffen.

Frauenfeindliche Strukturen bei der Einkommensermittlung bestehen insofern, als Betriebsausgaben, Werbungskosten, Abschreibungen und andere einkommensmindernde Aufwendungen ausschließlich auf das männliche Erwerbsleben zugeschnitten sind. Aufwendungen, die für erwerbstätige Frauen infolge familienbedingter Belastungen entstehen, sind bisher nicht als Betriebsausgaben oder Werbungskosten absetzbar.
(-/8.10.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Appell der IPPNW: Atomwaffentests sofort einstellen!

Anlässlich des Öffentlichen Kongresses der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hat die Organisation am Wochenende in Bonn an alle Atomwaffenstaaten appelliert, Atomwaffentests sofort einzustellen. Der Wortlaut:

Seit 1945 wurden mehr als 1.820 Atombomben ober- und unterirdisch gezündet. Seit 45 Jahren fand durchschnittlich alle neun Tage ein Atomwaffentest statt.

Allein die knapp 500 überirdischen Atomwaffentests entsprechen der Vernichtungskraft von 42.000 Hiroshima-Bomben. Die radioaktiven Substanzen, die durch diese Tests freigesetzt wurden, sind mit mehreren tausend Tschernobyls vergleichbar. Es ist davon auszugehen, daß jede gezündete Megatonne Radioaktivität in einem Umfang freigesetzt hat, die 10.000 Menschen das Leben kosten dürfte. An den Spätfolgen der atmosphärischen Atomwaffentests werden wahrscheinlich mehrere Millionen Menschen sterben.

Auch die unterirdischen Atomwaffentests verseuchen ganze Regionen unserer Erde. Bei unterirdischen Tests entweicht Radioaktivität in großen Mengen, die das Leben und die Gesundheit vieler tausend Menschen bedroht. Die Existenz der Menschen und Völker, die in den Atomwaffentestgebieten leben, wird unwiderruflich zerstört.

Deshalb ruft die IPPNW alle Atomwaffenstaaten auf:

- Atomwaffentests sofort einzustellen,
- auf die Modernisierung von Atomwaffen zu verzichten,
- alle Atomwaffen im Rahmen von überprüfbaren Abrüstungsverträgen abzuschaffen,
- dem Atomwaffenspervertrag beizutreten und dafür zu sorgen, daß eine Weiterverbreitung von Atomwaffen und Atomwaffentechnologie verhindert wird,
- sich dafür einzusetzen, daß alle Atomwaffenstaaten einen gemeinsamen Hilfsfonds für die durch die Atomwaffentests in ihrer Gesundheit und Existenz bedrohten Völker einrichten.

Die IPPNW begrüßt die Entscheidung der Sowjetunion, in Kasachstan keine Atomwaffentests mehr durchzuführen, und dankt der Kasachischen Anti-Atom-Bewegung "Nevada-Semipalatinsk-Mururoa", deren Einsatz diesen Atomteststopp durchgesetzt hat.

(-/8.10.1990/rs/ks)
